Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10 Uhr** vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schnmann & Co., Bielefeld.**

Nr. 20. **Bielefeld, Mittwoch, 24. Januar 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: von Bötticher, von Stephan, Fischer.

Die zweite Beratung des „Postetats" wird fortgesetzt. Bei dem Titel „Unterbeamte" wiederholt

Abg. Bebel (Soz.) seine im vorigen Jahre vorgebrachten Beschwerden über die Verwendung von Unterbeamten zu häuslichen Dienstleistungen bei den Postamtsvorstehern und Direktoren. Ich habe angenommen — so führte er aus — daß, nachdem ich einen bestimmten Fall — er betraf Ellerbek — hier zur Sprache gebracht hatte, es nicht nötig sein würde, die Sache noch einmal zu erörtern. Nun ist die damals gepflogene Erörterung auch in Ellerbek selbst bekannt geworden. Die Frau Postmeisterin scheint von meinen Aeußerungen hier unterrichtet worden zu sein. Da ist es mir nun interessant zu hören, daß diese Dame sich dahin ausgelassen hat: die Abgeordneten sollten sich um andere Dinge kümmern! (Heiterkeit.) Sie ließe sich nichts befehlen, und ihr Mann thäte, was sie wolle. (Große Heiterkeit.) Obgleich der Oberpostdirektor von Kiel bei einer Inspektionsreise allem Anscheine nach die Angelegenheit ebenfalls mit dem Postverwalter erörtert hat, so hat auch daraufhin die Dame erklärt: hier habe niemand etwas zu sagen, als sie selbst; er müsse — hat sie zum Briefträger gesagt — nach wie vor die Semmeln holen, sonst würde er sehen, was ihm passiere! Und der Zustand ist dann auch der alte geblieben. Nach wie vor hat der Briefträger morgens um 5 Uhr die Semmeln für die Familie des Postverwalters zu holen und außerdem noch eine Reihe häuslicher Arbeiten zu verrichten. Ich bin entschieden ein Freund der Frauenemanzipation, aber es hat doch alles seine Grenzen. (Heiterkeit.) Es ist dringend nötig, daß sich die obere Behörde hier einmal einmischt, wenn der Postverwalter in Ellerbek selbst nicht Mannes genug ist, sich mit seiner Gemahlin auseinanderzusetzen. Fälle, wie der Ellerbeker sind keineswegs vereinzelt. Aus verschiedenen kleinen Orten habe ich ähnliche Beschwerden erhalten, so aus Kahla in Thüringen. In einem anderen Orte müssen die Unterbeamten die Posträume reinhalten, obgleich die Verwaltung den Postverwaltern eine Summe auszahlt, um dies anderweitig besorgen zu lassen. Das ist ein ganz unwürdiger Zustand. Nun wird man mir antworten: Ja, warum lassen sich die Unterbeamten das gefallen? Sie brauchen es ja nicht zu thun. In kleinen Orten aber befinden sich die Unterbeamten in großer Abhängigkeit von ihren Vorgesetzten. Der Postverwalter hat es in der Hand, ob ein Landbriefträger Postschaffner wird. Das hängt von seinem Zeugnis ab. Hierzu kommt das Gratifikationswesen, das die Liebedienerei groß zieht. (Zustimmung.) Das Protektionswesen spielt hier eine große Rolle. Weiter habe ich hervorzuheben, daß in einer Reihe von kleinen Orten die Zahl der angestellten Beamten mit der Größe der Dienstaufgabe in Widerspruch steht. Es scheint hier riesig gespart zu werden. Durch Sparsamkeit setzt sich der Vorsteher eines Postamtsbezirks bei seinen oberen Vorgesetzten in Gunst. So wird mitgeteilt, daß in Kahla in Thüringen und Waldhut in Baden mehr Postbezirke sind, als Beamte, die die Briefe und Packete auszutragen haben, so daß also ein Beamter zwei Bezirke zu versehen hat; für die städtischen Bezirke werden dabei regelmäßig die Landbriefträger zum Austragen der Briefe verwendet. Nun wird aber bekanntlich ein Unterschied in der Bezahlung zwischen Stadt- und Landbriefträgern gemacht. Der Landbriefträger hat ein Anfangsgehalt von ca. 2 M. täglich, der städtische Brieftäger von mindestens 1000 M. jährlich. Hier werden also Beamte zu Dienstverrichtungen dauernd, nicht blos vorübergehend verwandt, zu denen sie nach der einmal bestehenden Beamtenhierarchie keine Verpflichtung haben, und das geschieht eben nur, um Beamte zu ersparen. Bei einer solchen Ueberlastung des untergeordneten Personals sieht es natürlich auch mit der Sonntagsruhe recht windig aus. Man beachtet nicht einmal die Vorschriften, die von oben herab erlassen sind. Für eine Aenderung hat die Postverwaltung allen Grund energisch zu sorgen. Es ist ja ganz schön, wenn große Ueberschüsse erzielt werden, aber die Zeit und Kraft der Beamten darf doch nicht im Uebermaß in Anspruch genommen werden. Dabei werden die Leute schlecht bezahlt. In den kleinen Orten gerade kommen oft genug recht hohe Lebensmittelpreise bei niedrigem Gehalt und hohen Wohnungsmieten vor, die durch die Mietsentschädigung nicht gedeckt werden. Endlich will ich noch darauf aufmerksam machen, daß neulich im „Volk" eine Mitteilung veröffentlicht wurde, wonach in Breitenbach im Harz selbst in den Weihnachtstagen der diensthabende Briefbote genötigt war, den Postschlitten in Person mit Packeten und Briefen beladen zu ziehen und zwar gehören zu diesem Postamt ungefähr 5 Dörfer in außerordentlich gebirgiger Gegend. Es wird ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß wenn irgendwo einmal bei einem großen Postpalast eine kleine Ersparnis vorgenommen würde, die Mittel reichlich vorhanden wären, um Abhilfe zu schaffen. Diese Uebelstände müssen endlich einmal beseitigt werden.

Abg. Iskraut (Ant.) führt die Mißstände, unter denen die Unterbeamten leiden, auf den nicht richtigen Geist zurück, der von der höheren Postverwaltung ausstrahle. Auch ihm sei reichhaltiges Beschwerdematerial zugegangen. In 7 Postämtern seines Wahlbezirkes hätten die Postunterbeamten überhaupt keinen freien Sonntag, in anderen würde nur der zweite, dritte oder vierte Sonntag dienstfrei gelassen. (Präsident von Buol: Das Thema der Sonntagsruhe ist bereits eingehend besprochen. Ich bitte, nicht mehr darauf zurückzukommen.) Redner erwidert, er spreche bei diesem Titel nur von der Sonntagsruhe der Unterbeamten, über die Sonntagsruhe der höheren und höchsten Postbeamten wolle er nichts sagen, wenn es auch nur die Arbeit eines Sonntagsjägers sei. (Heiterkeit.) Nach dem Grundsatze der Sonntagsheiligung sei die postalische Sonntagsruhe nicht eingerichtet. Die Postverwaltung scheine kein Verständnis für die religiösen Bedürfnisse der Unterbeamten zu haben, darauf habe schon der Abg. Singer aufmerksam machen müssen, und das sei sicher nicht schmeichelhaft für die Postverwaltung. (Präsident von Buol ersucht den Redner nochmals, nicht von der Sache abzuschweifen, sondern sich auf die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten zu beschränken, gleichzeitig macht er auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen einer wiederholten Abschweifung den Redner aufmerksam.) Redner bittet, die Abschweifung seiner jungen parlamentarischen Erfahrung zu gute zu halten. Daraus erkläre es sich, wenn er einmal rechts und einmal links über die Stränge schlage. Ueber die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten habe er nichts zu sagen. (Heiterkeit.) Dagegen rege er Erleichterungen in der Kleidung während des Hochsommers an.

Geheimrat Sydow bestreitet, daß die Unterbeamten überbürdet seien. Entsprechend der Steigerung des Verkehrs sei das Personal beständig vermehrt worden. Auch eine große Zahl der früher nichtetatsmäßigen Stellen sei in etatsmäßige umgewandelt worden. Ueber Mißstände in einzelnen Orten könne er sich nicht äußern, wolle aber zugeben, daß an manchen Stellen besonderer Verhältnisse wegen Mißstände eintreten könnten; die Postverwaltung sei aber stets bestrebt, Abhilfe zu schaffen. In dem vom Abg. Iskraut angeführten Falle könne eine Untersuchung leider nicht eingeleitet werden, da Herr Iskraut nicht einmal den Namen des Ortes genannt habe. Daß aber die Verhältnisse dort himmelschreiend seien, dagegen müsse er von vornherein Verwahrung einlegen.

Abg. Dr. v. Jagdzewsky (Pole) bedauert, daß der Verein zur Beförderung des Deutschtums in den Ostmarken auch aus den Reihen der Postbeamten zahlreiche Mitglieder gefunden haben. Das kann nicht dazu beitragen, die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen auszugleichen.

Staatssekretär v. Stephan erklärt, daß er sich in diesen Streit nicht einmischen werde. Solange der Dienst nicht unter der Vereinszugehörigkeit leide, habe er keine Veranlassung, gegen die Vereinsangehörigkeit einzuschreiten.

Abg. Bebel (Sozd.): Mit der Vermehrung der Beamten ist keine Verminderung der Arbeitslast eingetreten. Die Sonntagsarbeit beweist doch, daß man in der Woche mit der Arbeit nicht fertig wird und daß, was in der Woche nicht fertig geworden ist, Sonntags aufgearbeitet werden muß. Es ist immer noch ein Mangel an Beamten vorhanden. Mit dem Gratifikationswesen sind große Mißstände verbunden. Wir behalten uns vor, später einmal einen Antrag zu stellen, das Gratifikationswesen ganz abzuschaffen. Die Zeit von 20 bis 24 Jahren ist für die unkündbare Anstellung der Unterbeamten eine viel zu lange. Man kann sich doch in kürzerer Zeit über die Tüchtigkeit der Beamten genau informieren. Die höheren Beamten werden ja auch schon nach sechs Jahren unkündbar

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

49 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

So gewann Volkhofski mit dem Besitz eines freundlichen, sauberen Stübchens zugleich gute, herzliche Freunde in dem neuen Asyl, die ihm bei der Lösung der zweitwichtigen, der Arbeitsfrage, nach Kräften behilflich waren.

„Von 19 Mark monatlich kann der Mensch nicht leben, ich muß mir deshalb schleunigst eine Beschäftigung suchen," begann der junge Schriftsteller am nächsten Morgen das Gespräch auf seine Angelegenheit zu lenken. „Vor allem auch deshalb, daß ich meine liebe Braut, wenn sie endlich hier eintrifft, unterstützen kann."

„Sie haben recht," erwiederte der Kaufmann, dessen Namen Kuznetsoff war. „Nur zweifle ich, daß Sie eine Ihren Kenntnissen angemessene Thätigkeit hier finden."

„O, ich bin entschlossen, jede Arbeit anzunehmen, die ich verrichten kann."

„Könnte Herr Volkhofski nicht Unterricht erteilen?" mischte sich hier Katharina, die Tochter, in das Gespräch. „Es fehlt hier so völlig an Gelegenheit, etwas ordentliches zu lernen. Gewiß würde die Bürgerschaft diesen Entschluß mit Freude begrüßen."

„Unterricht?" antwortete Felix mit bitterem Lächeln. „In meinen Vorschriften steht, daß ich nicht Unterricht erteilen darf."

„Aber Sie könnten vielleicht Klavierstunden geben?" meinte Frau Kuznetsoff.

„Auch das ist mir verboten."

„Oder Vorträge halten —"

„Das darf ich ebenfalls nicht."

„Wissen Sie, Herr Volkhofski," sagte der Kaufmann, nachdem er eine Weile nachgedacht hatte, „ich will versuchen, Ihnen eine kleine Anstellung bei der geographischen Gesellschaft zu verschaffen. Ich bin Kassierer."

„Ich bin Ihnen sehr verbunden," entgegnete Felix nach einem Blick auf die ihm eingehändigte Polizeiverordnung, „aber auch einen solchen Posten darf ich nicht bekleiden."

„So bleibt Ihnen ja überhaupt nichts übrig, als Kellner oder Knecht zu werden," rief erzürnt die Tochter des Hauses.

„Nur das letztere, mein Fräulein, denn auch der Kellnerberuf steht auf dem Index."

„Das ist grausam," sagte Kuznetsoff, „und die Möglichkeit, Ihnen ein passendes Unterkommen zu verschaffen, wird dadurch sehr erschwert. Unsere Landleute — die Auswahl ist überhaupt nicht groß — nehmen nur ungern einen Verbannten in Dienst, da sie die Scherereien mit der Polizei fürchten. Außerdem ist es eine harte, anstrengende Arbeit, und ich fürchte, daß Ihr von den Strapazen des Marsches noch nicht wieder genesener Körper sie wird nicht verrichten können."

„Ich muß es auf alle Fälle versuchen, denn ich habe nur die Alternative, arbeiten oder verhungern."

„Wie wäre es, wenn Sie sich mit einer Petition an den Gouverneur wendeten, um die Erlaubnis zur Erteilung von Musikunterricht zu erhalten?"

„Ich habe allen Grund, das nicht zu thun."

Und Felix erzählte die Geschichte seiner Bekanntschaft mit Lazareff.

„Oder an den Generalgouverneur?"

Felix schüttelte den Kopf.

„Er würde mir vielleicht dieselbe Antwort erteilen, die er wie mir auf der Reise hierher erzählt wurde, vor einiger Zeit den administrativ Verbannten in Akmolinsk gegeben hat."

„Und welche war das?" fragte Katharina.

„Wenn sie Arbeit nötig hätten, sollten sie sich als Tagelöhner bei den Kirgisen vermieten."

„Ich habe noch einen Einfall," nahm der Kaufmann nach einer Weile das Gespräch wieder auf. „Ich bin gut bekannt mit einem Naturforscher, der sich seit einem halben Jahre zu Studienzwecken hier aufhält, Herrn D. Karelin. Er arbeitet an einem Werke über die Flora und Fauna Sibiriens und hat sich zu diesem Zwecke hier einige Gärten eingerichtet, worin er Pflanzen aus allen Teilen des Landes zieht und beobachtet. Auch Tiere hält er in großer Menge. Nun hörte ich vor einigen Tagen zufällig, daß Herr Dr. Karelin einen —"

Kuznetsoff hielt verlegen inne.

— „Knecht suche?" ergänzte Felix lächelnd. „Reden Sie ungeniert aus, Herr Kuznetsoff."

„Nein, einen Gärtner, Herr Volkhofski. Eigentlich mehr eine Art Gehilfen, der ihm auch beim Ordnen seiner Sammlungen und Klassifizieren seiner Pflanzen gute Dienste leisten kann."

„In Ihnen würde er, falls Sie sich einer Ihrer Geistesgaben so unwürdigen Beschäftigung widmen wollten, einen solchen gefunden haben."

„Ich habe keine Wahl", entschied Volkhofski. „Besser noch ein Gärtner, als der Sklave eines wilden Kirgisen. Bitte, geben Sie mir eine Empfehlung an Dr. Karelin."

Felix erhielt die Empfehlung, und — daß wir's gleich hinzufügen — auch die Stelle.

21. Kapitel.

Freuden und Leiden eines Verbannten.

Felix Volkhofski gefiel sich so sehr in seiner neuen Stellung, als ein Mann von seinen Fähigkeiten sich überhaupt in einer Thätigkeit gefallen kann, die ihn nötigt, von der Ausführung der weit wichtigeren und bedeutungsvolleren Pläne, die ihn beschäftigen, für immer abzusehen. Anfangs beabsichtigte er zwar, seine freie Zeit mit litterarischen Arbeiten auszufüllen, aber ganz abgesehen davon, daß er nichts drucken lassen durfte — erstens entdeckte er bald, daß die Bewachung der Verbannten, und besonders die seine, eine derartig strenge war, daß er selbst in seiner Stube kaum seine geliebte Feder ohne Gefahr der Entdeckung handhaben durfte, und zweitens fühlte er sich durch die immerhin anstrengende, ungewohnte Arbeit Abends bis zu einem Grade ermattet, daß es ihm unmöglich war, noch irgend etwas zu unternehmen. Sein Körper litt noch unter den Nachwirkungen des vielwöchentlichen Marsches und war an sich schon nicht disponiert, große Anstrengungen oder Aufregungen mehr zu ertragen.

Dr. Karelin nahm bald wahr, daß sein Gehilfe zur Ausübung größerer Gartenarbeit vorläufig noch zu schwach war, er suchte ihn daher zu schonen, verwendete ihn mehr innerhalb des Hauses zu Sekretariatsarbeiten und forderte ihn sogar auf, ihn auf seinen botanischen Streifzügen in der Umgebung zu begleiten.

(Fortsetzung folgt.)

angestellt. Es besteht also eine harte Ungerechtigkeit gegenüber den Unterbeamten.

Staatssekretär v. Stephan: Wir sind bemüht, die Wartezeit für die unkündbare Anstellung thunlichst zu verkürzen, sie richtet sich natürlich aber auch nach Maßgabe der vorhandenen Stellen. Die Gratifikationen sind weit mehr Unterstützungen bei Krankheiten, als Belohnungen für extraordinäre Dienste.

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel „Unterbeamte" bewilligt.

Zum Titel „Stellenzulagen" beantragt

Abg. Werner: Die Stellenzulagen im nächsten Jahre abzuschaffen und die dadurch verfügbar werdende Summe zu Nachtdienstentschädigungen an Beamte und Unterbeamte zu verwenden.

Staatssekretär v. Stephan bemerkt, das System der Stellenzulagen sei genau nach der Denkschrift eingerichtet worden, die seiner Zeit der Reichstag bewilligt habe. Die Konsequenz des Antrags Werner sei die Erhöhung des Gehalts sämtlicher Nachtwächter, die ja nur Nachtdienst haben. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Werner gegen die Stimmen der Antisemiten abgelehnt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Es folgt das Extraordinarium, welches diesmal von der Kommission (Referent Bürklin) unbeanstandet bewilligt worden ist.

Abg. v. Leipziger (kons.) bedauert, daß die Wünsche seiner Partei, im Interesse der Sparsamkeit in der Kommission Streichungen vorzunehmen, ohne Anklang geblieben seien gegenüber der dortigen Majorität. Daher bringe die erstere hier keine Anträge ein, würde dieselben aber unterstützen, wenn sie von anderer Seite ausgingen. Die bisher angefangenen Bauten werden als weitere Raten noch 12 Millionen in den nächsten Jahren beanspruchen.

Staatssekretär v. Stephan erwidert, die große 30jährige Bauperiode werde in kaum 3 Jahren ohnehin zu Ende gehen und dann würden höchstens noch Erweiterungsbauten folgen.

Abg. Schmidt-Warburg pflichtet den Ausführungen des Abg. Leipziger bei, auch er vermißt bei den Postbauten die deutsche Sparsamkeit.

Abg. Singer (Sozd.): Die Herren hätten bei anderen Etats viel mehr Veranlassung Sparsamkeit zu üben, als gerade bei den Postbauten. Es kann ja keine Rede dagegen sein, daß mehr als notwendig ausgegeben wird. Aber es ist doch notwendig, daß die Postbauten im Mittelpunkt des Verkehrs der großen Städte auch äußerlich repräsentieren. Uebertriebenem Luxus sind auch wir abhold, aber wir bestreiten, daß die ganze Sache die Bedeutung hat, welche seit Jahren die Herren von der konservativen Partei ihr zu geben sich bemühen. Schöne Dienstgebäude muß die Post haben. Wir hätten nur den Wunsch, daß die Verwaltung in demselben Maße wie für die Bauten, auch für die sozialpolitischen Maßnahmen Sorgfalt aufwendet. Wenn man auf andern Gebieten die Millionen weggeworfen hat, wenn man geradezu begeistert für eine Militärvorlage ist, wenn man die Regierung förmlich auffordert, die Marine zu vergrößern, hat man kein Recht, hier bei den Postbauten als Sparsamkeitsapostel aufzutreten (Beifall).

Abg. Graf Limburg-Stirum. Wir haben das gleiche Sparsamkeitsprinzip bei allen Ressorts. Wir wenden uns nur gegen den übertriebenen Luxus. Die Postbauten geben ein schlechtes Beispiel für die Bauten der andern Verwaltungen. Den Anforderungen des Verkehrs kann auch ohne Luxus genüge geschehen. Das Extraordinarium wird darauf bewilligt.

Bei den Einnahmen konstatiert

Abg. Fischbeck (freis. Vp.), daß der Staatssekretär von Stephan sich geirrt habe als er behauptete, der deutsche Handelstag habe sich einmal gegen die Herabsetzung der Telephongebühren ausgesprochen. Der deutsche Handelstag hat sich im Gegenteil stets für Herabsetzung der Telephongebühren erklärt. Herr von Stephan habe es so dargestellt, als wenn unser Telephonwesen das beste in aller Welt sei. In den nordischen Ländern ist man aber viel weiter, wie Ihnen zwei Karten, die das Fernsprechnetz von Schleswig-Holstein und dasjenige von Dänisch Jütland zeigen und die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, beweisen werden.

Die Einnahmen werden darauf bewilligt. Damit ist die zweite Beratung des Postetats erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Abg. Hasse (nat.-lib.) beschwert sich, daß die Reichsdruckerei Arbeiten herstelle, die aus ihrem Ressort herausfallen.

Staatssekretär Fischer erwidert, daß ihm Klagen hierüber nicht zu Ohren gekommen seien. Die Reichsdruckerei wirke anregend und fördernd auf das ganze Buchdruckgewerbe.

Der Etat wird darauf bewilligt, ebenso ohne Debatte der Etat des Reichstages.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Beim Titel „Reichskanzler" bemerkt

Abg. Strombeck (Ztr.): Der Reichskanzler ist bisher nicht verpflichtet, auf Beschlüsse des Reichstags die Entschließungen des Bundesrates dem Reichstage mitzuteilen. Es wird zwar ein Verzeichnis aufgestellt, welche Entschließungen der Bundesrat getroffen hat. Bei manchen Beschlüssen ist aber vermerkt, daß der Bundesrat noch keine Entschließungen gefaßt hat. Diese Resolutionen gelangen dann in die Uebersicht der nächsten Jahre, bleiben aber unbeantwortet. Dies ist ein Uebelstand, um dessen Abhilfe wir ersuchen.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, er sei gern bereit, eine andere Praxis einzuführen und auf Beschluß des Hauses auch die schließliche Entscheidung des Bundesrats mitzuteilen.

Abg. Dr. Barth (freis. Vg.): Ich will an dieser Stelle an den Reichskanzler die Frage richten, wie es mit der Ausführung des Planes, eine internationale Enquetekonferenz in der Währungsfrage zu berufen, steht, und welche Stellung die Regierung nach den Ergebnissen der vorjährigen Sachverständigenkonferenz in der Währungsfrage einnimmt. Es ist von einem wachsenden Preisunterschiede zwischen Gold und Silber nicht mehr die Rede gewesen. Vielleicht kann es uns der Reichskanzler sagen, wie sich die einzelnen Regierungen zur Frage stellen. Man weiß vorläufig nur, daß Württemberg dagegen ist. Freilich hat sich noch keine Regierung für Abänderung der Währung ausgesprochen. Die Voraussetzungen der Bimetallisten haben sich in keiner Weise erfüllt, noch niemals ist soviel Gold gefördert worden, wie im Vorjahre. Lord Balfour hat sich gegen die Abhaltung einer Konferenz als nutzlos ausgesprochen. Der Kredit Nordamerikas, das mit der Doppelwährung liebäugelt, ist in stetem Sinken begriffen. Wir haben also alle Ursache, an unserer bewährten Goldwährung nicht mit dem kleinen Finger zu rühren. Sie ist der beste Schutz gegen Finanzkatastrophen, wie sie die Botschaft des Präsidenten Cleveland über die Venezuelafrage in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat. Die Herren von Kardorff und Graf von Mirbach waren neulich in Währungssachen in Paris. Ich freue mich darüber, daß die Herren damit bewiesen haben, wie lächerlich es von ihnen war, noch vor zehn Jahren diejenigen als Vaterlandsverräter zu stempeln, die Ehrenmitglieder des Cobdenklubs wurden. Die Herren waren nicht aus England, sondern bei den Erbfeinden der Franzosen. Ja, sie halten ihre Verhandlungen sogar geheim. (Große Heiterkeit.) Das ist doch viel gefährlicher. (Heiterkeit.) Nun hat der Präsident Faure den Herren Bimetallisten allerdings ein wesentliches Zugeständnis gemacht, er hat ihnen versprochen, die Verhandlungen der Konferenz zu — lesen. (Große Heiterkeit.) Kein Staat wird heute ernstlich daran denken, zum Bimetallismus überzugehen. Umsomehr ist es geboten, daß die Regierung klar zu ihm Stellung nimmt, so deutlich, wie neulich zum Antrag Kanitz. Auch der Bimetallismus ist in unserer Zeit etwas durchaus Undurchführbares. Es ist den Bimetallisten schon viel zu viel konzediert worden. Ich glaube dem Herrn Reichskanzler eine Gefälligkeit zu erweisen, wenn ich ihm die Möglichkeit gebe, sich so schnell als möglich von diesem Kadaver loszulösen. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Frage des Herrn Dr. Barth zu beantworten. Ich kann heute die gewünschte Auskunft nicht geben. In der nächsten Zeit aber werde ich eine Erklärung darüber abgeben, wie die verbündeten Regierungen zur Währungsfrage stehen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Es ist richtig, daß der englische Minister Balfour sich in dem Sinne ausgesprochen hat, wie Abg. Barth es dargestellt hat, aber mit dem Zusatz, daß zunächst eine Vereinbarung mit andern Staaten über die Grundlagen der Konferenz zu treffen sein würde. Daß die Goldwährung sich verdoppelt hat, bestreite ich nicht. Trotzdem kann der Goldbedarf nicht gedeckt werden, wenn Rußland zur Goldwährung übergeht. Goldwährungsleute sind in Amerika nur einige einflußlose Bankiers, die vernünftigen Leute sind allesamt internationale Doppelwährungsmänner. Die internationale Doppelwährungsbewegung läßt sich mit dem Cobdenklub nicht vergleichen. Der Cobdenklub hatte überall bezahlte Agenten, auch in Deutschland, die dem Zwecke dienten, der englischen Industrie die Märkte offen zu halten und die deutsche Industrie zu vernichten. (Widerspruch links.) Die Zukunft der Währungsfrage hängt nicht von uns ab, aber wir sollen diese Frage fördern helfen. Das Ergebnis der Pariser Doppelwährungs-Konferenz kann ich Herrn Barth nicht mitteilen, es soll bis zum Zusammentritt des englischen Parlaments sekret bleiben. Wir glauben, daß wir der deutschen Landwirtschaft nicht anders helfen können, als durch die Doppelwährung und daß sie auch im Interesse der deutschen Industrie liegt, die sonst die Konkurrenz mit China und Japan — Ländern mit minderwertiger Valuta — nicht bestehen wird. Mag die in Aussicht gestellte Erklärung der Regierung lauten, wie sie will, wir werden uns in unseren Bestrebungen nicht irre machen lassen.

Präsident v. Buol bittet dringend, daß auf der Journalistentribüne mehr Ruhe bewahrt werde. Es seien wiederholt Zurufe und sogar Aeußerungen des Mißfallens laut geworden. (Es geschah, als Herr v. Kardorff wieder über die Währungsfrage zu sprechen kam.) Er mache auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) begrüßt es mit Freuden, daß unsere Beziehungen zu Rußland sich wieder normal und freundschaftlich gestaltet hätten. Das Telegramm des Kaisers in der Transvaalfrage habe im ganzen Lande lebhaften Wiederhall gefunden. Die Befürchtung, daß Deutschland dadurch in kriegerische Verwickelung mit England geraten könne, hat Redner nie geteilt, denn er halte es für undenkbar, daß wir uns in einen Seekrieg mit England einlassen könnten. England hat auch nur von demselben Rechte Gebrauch gemacht, wie wir, von der Wahrnehmung seiner Interessen. Daß unsere Interessen so energisch vertreten worden sind, dafür dankt Redner dem Reichskanzler. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Barth: Auf freundschaftliche Beziehungen zu Rußland legen auch wir Wert. Das war mit einer der Gründe, weshalb wir für den Handelsvertrag mit Rußland stimmten. Wo stand aber damals Graf Limburg-Stirum. (Sehr wahr! links.) Für ebenso wichtig wie freundschaftliche Beziehungen zu Rußland, halten wir ein freundschaftliches Verhältnis zu England. (Beifall links.) Redner polemisiert im Weiteren gegen Kardorff. Es sei eine thörichte Legende, daß der Cobdenklub bezahlte Agenten in Deutschland unterhalten habe. Ebenso gut könne er sagen, daß der amerikanische Bimetallismus bezahlte Agenten in Deutschland unterhalte. (Sehr wahr! links.)

Abg. v. Kardorff (Freikons.): Der Vorwurf des Vorredners von den bezahlten Agenten des Bimetallismus ist bereits einmal beweislos erhoben worden. Sollte auch diesmal Herr Barth den Beweis für seine Behauptung schuldig bleiben, so erkläre ich ihn für einen albernen Lügner. (Große Unruhe links. Rufe: Zur Ordnung! Beifall rechts.)

Abg. Barth (Freis. Vg.): Ich muß erklären, eine solche durch die Thatsachen absolut nicht gerechtfertigte Unverschämtheit und Grobheit ist mir noch nicht vorgekommen. (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten).

Präsident v. Buol: Ausdrücke wie Grobheit und Unverschämtheit widersprechen der Ordnung des Hauses; ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Große Unruhe links. Zuruf: Und der infame Lügner?) Es wird mir soeben mitgeteilt, der Abgeordnete von Kardorff habe geglaubt, Sie hätten gesagt, er und seine Anhänger seien bezahlt. Das haben Sie aber, wie ich konstatiere, nicht gesagt. Allerdings kann ich auch den Ausdruck „infame Lüge", den ich vorhin wegen der Unruhe des Hauses nicht gehört habe, als zulässig nicht bezeichnen und würde Herrn von Kardorff zur Ordnung rufen, falls er sich auch nur bedingt so ausgesprochen hat.

Abg. Barth: Der Abg. Kardorff hat nicht bedingt von einer infamen Lüge gesprochen, sondern mich einen infamen Lügner genannt. Das lasse ich mir auch in bedingter Form von niemanden sagen (Beifall links), und da der Ordnungsruf des Präsidenten ausblieb, habe ich mir selbst Recht verschafft. (Beifall links.)

Präsident von Buol: Selbstverständlich, wenn der Ausdruck „infamer Lügner" gefallen ist, und sei es auch nur in bedingter Form, würde ich dafür die schärfste Form der Rüge aussprechen und in diesem Falle den Abg. v. Kardorff zur Ordnung rufen.

Damit schließt die Debatte.

Das Gehalt des Reichskanzlers (54 000 Mk.) wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Spezialetats der Reichskanzlei.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Reichsamt des Innern.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, den 24. Januar.

— **Die Ueberwindung der Sozialdemokratie** wird, so sehnsüchtig von den „Staatserhaltenden" erwünscht, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn sie das „rote Gespenst" bis in die höchste Feststimmung hinein verfolgt und daß auch in den ungezählten Festreden der jüngsten Tage wieder die Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle spielte. So auch in der Rede des Herrn von Bennigsen, die er auf dem nationalliberalen Festbankett hielt. Nach den üblichen Jubelphrasen und etlichen Betrachtungen über den Kulturkampf sagte er inbezug auf die Sozialdemokratie:

„Wir haben noch andere Ereignisse erlebt, noch andere Kämpfe in unserem Vaterlande, die uns vor der Begründung des Deutschen Reiches unbekannt waren: das Anwachsen einer großen sozialdemokratischen Partei, die den Kampf zwischen Arbeit und Kapital zu einem zerstörenden Kampfe auszubeuten versucht hat, der Art, daß dieser Gegensatz und Kampf eine solche Höhe erreichte, wie die Aelteren von uns ihn nicht kannten, da im ersten Reichstage kaum eine sozialdemokratische Debatte zustande kam und fast nur Herr Bebel diese Partei vertrat. Nach und nach ist diese Bewegung zu großem Umfang angewachsen. Kann uns das aber im Ganzen Wunder nehmen, wenn wir bedenken, wie stark dieselben Gegensätze in Frankreich schon in der Revolution der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts hervortraten, und in England zwei Menschenalter, ehe sie in Deutschland sich geltend machten? Es war auch dieses fast eine selbstverständliche Folge des großen Aufschwunges, den die deutsche Nation und Wirtschaft nahmen in ihrem neuen Einheits- und Kraftgefühl. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit mußten bei dieser erstaunlich raschen Entwicklung der wirtschaftlichen Thätigkeit nach 1870 auch bei uns notwendig rasch zur Erscheinung kommen. Es liegt in der ganzen Natur des deutschen Wesens, daß wie die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen bürgerlicher Gesellschaft und revolutionärer Sozialdemokratie in anderen Ländern auch hier zu einem Gegensatze der Grundlagen sich entwickeln — der Deutsche ist nun einmal dazu geschaffen und angelegt, daß er alle diese großen Dinge, die den Menschen bewegen, tiefer und innerlicher erfaßt, als die meisten anderen Völker. Das ist ein Vorzug, aber unter Umständen auch ein Unglück, wenn es ihm nicht immer gelingt, diese tiefere Erfassung nun glücklich zu überwinden und in den Formen, die dafür gegeben sind. So ist es auch in Deutschland gekommen. Aber wenn das so ist, meine Herren, so liegt darin zugleich auch vielleicht die Lösung. Denn ich habe schon lange die Ueberzeugung gehabt, die viel verbreitet ist in Deutschland, daß es sich gar nicht allein um die Lösung der wirtschaftlichen Frage, sondern wesentlich darum handelt: daß diese Gegensätze unter den Menschen menschlich überwunden werden müssen, mag das nun in der kirchlichen oder in der menschlichen Art geschehen. Diese menschliche Ueberwindung muß vor sich gehen, wenn die europäische Kultur nicht zu Grunde gehen soll; hier muß eine Brücke gewonnen werden, die wieder den Menschen dem Menschen nähert. Bei uns ist diese Brücke noch keineswegs verloren, auch bei Männern nicht, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen und nicht blos im eigenen wirtschaftlichen Interesse ein gutes Verhältnis mit den Arbeitern herzustellen suchen, sondern als menschliche Aufgabe erfassen ein herzliches Verhältnis zu den Arbeitern. Wenn also auch dieser Kampf bedrohlich sich zu solcher Höhe entwickelt hat und in solchen Zahlen die Sozialdemokraten auftreten und vorhanden sind, auch hier dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß das deutsche Volk, das diese Gegensätze auch mit tiefem Gefühle erfaßt, endlich doch die Lösung finden wird. So mögen manche Gefahren sich entwickelt haben, meine Herren, von denen wir früher nichts kannten, so mag auch manches in unseren heutigen Erscheinungen sein, was uns nicht erfreulich ist, am wenigsten erfreulich in den materiellen Gegensätzen, die sich auch unter den besitzenden Klassen unter den verschiedenen Formen des wirtschaftlichen Lebens herausgebildet haben. Wir leben überhaupt in einer Zeit, wo der Materialismus und Realismus wieder in einer Weise an die Oeffentlichkeit tritt, die man vor fin de siècle nicht für möglich gehalten hat. . . . Der Kern unserer Nation wird auch das überwinden. Nur Krankheit oder Unfähigkeit entschuldigt den Rücktritt in solchem Kampfe! Es ist nur ein vorübergehender Niedergang. Zur Besserung mitzuwirken, ist allerdings die Aufgabe jedes Patrioten!"

Wir wollen dem Festredner in seinem sonderbaren Exkurs über die Gegensätze in Frankreich und England nicht folgen. Es genügt für unsere Leser ein Hinweis darauf, daß eine großartige wahrhaft „staatsmännische" Unwissenheit dazu gehört, die Gegensätze von Kapital und Arbeit schon für die große französische Revolution in Anspruch zu nehmen. Hervorheben aber müssen wir die Anerkennung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die der Redner wenigstens historisch zu begründen versucht. Bisher beliebte man sie gern zu verleugnen. Wenn aber jener Gegensatz die Grundursache des Wachsens der Sozialdemokratie ist, so sollte es auch „Staatsmännern", zu denen sich Herr v. Bennigsen so gern rechnen läßt, einleuchten, daß die „Ueberwindung" nur in der Beseitigung der Gegensätze, d. h. in der Aufhebung des Kapitalismus, zu finden ist. Mit Phrasen von Versöhnung ist da nichts gethan. Menschlich überwunden wird nicht die

Sozialdemokratie, sondern der Kapitalismus. Das Wort vom „herzlichen Verhältnis zu den Arbeitern" nimmt sich übrigens sonderbar aus im Munde eines Mannes, der geholfen hat, die deutsche Arbeiterschaft mit zwölf Jahren Sozialistengesetz zu beglücken. Das sind „herzliche Verhältnisse" à la Stumm. Und die Parteigenossen des Herrn von Bennigsen und vermutlich auch er selbst sind bereit, den Arbeitern noch das letzte Restchen Bewegungsfreiheit durch neue Knebelgesetze zu nehmen. Da klingen die Phrasen von Menschlichkeit und Herzlichkeit wie heller Hohn.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Jan.. Zum Fall Brausewetter stellt die Berliner „Volksztg." die durchaus berechtigte Frage: „Was wäre wohl geschehen, wenn jemand, z. B. ein Redakteur, der Herrn Brausewetter zu beobachten Gelegenheit gehabt, im Privatgespräch behauptet hätte, daß seine Urteile, seine Anschauungen die eines Wahnsinnigen seien! Was wäre diesem Redakteur vollends geschehen, der solche Eindrücke in seinem Blatte wiedergegeben hätte — nicht, um den Mann zu beleidigen, sondern um dessen Vorgesetzte zu geeigneten Schritten gegen diesen Richter zu verlassen?! Wie würde sich in diesem Falle unsere gepriesene Preßfreiheit bewährt haben?"

Dann bemerkt das genannte Blatte weiter:

„Wie viele Richter erblicken in der Presse eine verderbliche Macht, wenn sie es wagt, in alle dunkeln Winkel der Bureaukratie hineinzuleuchten, und die Mängel und Fehler, an denen sie, wie einzelne ihrer Vertreter kranken — denn Fehler haben alle Menschen — zu beleuchten. Wie viele Richter legen dem Journalisten, der in seinem Blatte öffentliche Mißstände rügt, schnöde Skandalsucht als Motiv seines Handelns unter. Wie viele Richter giebt es, denen der Gedanke, daß der Journalist die beste Absicht hat, der öffentlichen Wohlfahrt zu dienen, gar nicht erst kommt!

„Dieser der Presse feindliche Geist ist es, den wir anklagen. Herrschte er nicht vielfach in unsern Gerichtshöfen, so würde man dem Redakteur, der, vom besten Willen beseelt, öffentliche Mißstände rügt, seinen guten Willen zu gute halten und ihn nicht zu drakonischen Strafen verurteilen, wenn er einmal im Eifer oder im Drange der Geschäfte der Fußangeln vergißt, die ihm das Preßgesetz legt und sich in der Form vergreift.

„Die Unterschätzung der Pflicht der Presse, auf öffentliche Schäden hinzuweisen, ist es, die wir anklagen. Die geringe Einschätzung des Kulturwertes einer freien Presse seitens vieler Richter ist es, die wir angesichts des „Falles Brausewetter" bedauern müssen. Wie weit stehen wir in dieser Beziehung hinter andern Ländern zurück! Der englische, der amerikanische, der französische Journalist, der in seinem Blatte öffentliche Schäden bloslegt und dadurch zu ihrer Beseitigung an seinem Teil beiträgt, der verdient sich nicht nur den Dank seiner Mitbürger, sondern auch den Dank der Regierungen. Bei uns wandert der Journalist ins Gefängnis, wenn er auch nur in einem minderwertigen Punkte irrt, oder sich — nach Ansicht eines Staatsanwalts und einiger Richter — in der Form vergreift. Das ist der Dank des Staates, dem der Journalist freiwillig dient, indem er dem Allgemeinwohl dienen will! Wann wird hier eine Wandlung eintreten? Und wann werden Gesetzgebung und Reichsregierung dahin arbeiten, der Presse den Beruf zu erleichtern, anstatt ihn ihr zu erschweren?!"

Nun, so lange der Kapitalismus mit seinen Klassengegensätzen in Deutschland herrscht, schwerlich.

Partei-Nachrichten.

Auch die Montagssitzung des Rheinischen Parteitags in Solingen, in welcher über die Presse diskutiert wurde, stand noch unter dem Zeichen der Solinger Parteistreitigkeiten. Unserer Ansicht nach sind diese Streitigkeiten jetzt in das Stadium der endgiltigen Entscheidung getreten. Wir bringen aus den Verhandlungen folgende Ausführungen des Genossen Gewehr, welche wohl geeignet sind, daß man sich aus ihnen über Schumacher ein Urteil bilden kann, nach der „Elb. Fr. Pr."

Gewehr bringt den nach seiner auf dem Breslauer Parteitag erfolgten Kritik der redaktionellen Haltung der „Rhein. Ztg." in diesem Blatte erschienenen Verleumdungsartikel gegen ihn und Grimpe zur Sprache. Was er in Breslau über die Redaktion der „Rhein. Ztg.", für welche die Partei so viele Tausende opfere, gesagt sei, von den Kölner Genossen selbst längst und besonders jetzt nach dem Ausfall der Reichstagswahl anerkannt worden. Auch habe er in Breslau im Auftrage der Elberfelder Parteigenossen gehandelt. Die „Rhein. Ztg." wolle wohl alljährlich die großen Zuschüsse haben, sich aber keine Kritik gefallen lassen, und so sei die „Rhein. Ztg.", die sich so anständig gegenüber dem politischen Gegner zeige, in einer Weise über ihn und Grimpe hergefallen, wofür er hier auf dem Parteitag nicht die richtigen Worte finde. Die Kölner Delegierten auf Breslauer Parteitag entrüsteten sich gleichfalls über ihre Redaktion. Nichtsdestoweniger hätten die Kölner Genossen, die einsahen, daß die Beschimpfungen in der Form unerhört und in ihrem sachlichen Inhalt unbegründet waren, nicht dafür gesorgt, daß die „Rhein. Ztg." die Sache zurücknahm. Er und Grimpe hatten sich anfangs gesagt, der Angriff erfolgte öffentlich und öffentlich in einer Kölner Parteiversammlung wollten sie sich vor aller Welt rechtfertigen. Das machten ihnen die Kölner Genossen unmöglich und verwiesen sie auf den Weg der Beschwerde an die Preßkommission. Diesen Weg habe er, Gewehr, schließlich beschritten. Er habe, da seine Sache so klar gelegen, seinerseits auf alle Beweismittel von Elberfeld aus verzichtet, sogar darauf verzichtet, selbst in der entscheidenden Sitzung zu erscheinen, zu letzterem sich aber bereit erklärt. Nun aber suchte die Preßkommission die Sache auf eine für eine anständige Redaktion bisher unerhörte Weise zu umgehen. In dem ihm gewordenen offiziellen Antwortschreiben der Kölner Preßkommission heiße es:

„Der Antrag in der vorliegenden Form wird abgelehnt und dem Beschwerdeführer anheim gegeben, sich mit dem von der „Freie Presse" ja bereits genannten Gewährsmann der „Rheinischen Zeitung", dem Genossen Georg Schumacher-Solingen (hört, hört, pfui!), auf dessen Angaben sich die Behauptungen der „Rheinischen Zeitung" stützen, auseinander zu setzen. Ist derselbe nicht in der Lage, die diesseits gemachten Behauptungen zu beweisen, so wird die Rechtfertigung des Beschwerdeführers auch vor den Kölner Genossen erreicht sein."

Sie sehen, Parteigenossen, welche unlautere Quelle die „Rhein. Ztg." gehabt, sie können daraus auch die Wahrheitsliebe des Reichstagsabgeordneten Schumacher beurteilen, welcher hier gestern Abend mich der Lüge bezichtigte, als ich erklärte, er, Schumacher, habe den Verleumdungsartikel in der „Rhein. Ztg." veranlaßt. Die „Rhein. Ztg." hat uns Genugthuung nicht gegeben, ich verlange sie von dem Parteitag, und zwar soweit gehend, daß auch die „Rhein. Ztg." veranlaßt wird, endlich ihren schweren Fehler gut zu machen. (Lebhafter Beifall)

Diese Ausführungen hatten folgende Erklärung zur Folge:

„Wir erklären nach den Ausführungen des Gen. Gewehr über den Reichstagsabgeordneten Schumacher und vornehmlich deswegen, weil Schumacher der Gewährsmann des Artikels gegen Gewehr in der „Rheinischen Zeitung" nach Angabe der Kölner Preßkommission thatsächlich ist, Schumacher dieses aber gestern geleugnet hat, unsere gestrige Abstimmung gegen den Leichlinger Antrag für ungültig und stimmen hiermit für denselben.

Wessel, Rieckmann, Kohns, Schottke, Freitag, Wasum, Neßhöfer, Müller.

Es schließen sich darauf denselben noch an Berghaus und Naumann. Somit ist der Leichlinger Antrag, wonach der Abgeordnete Schumacher für unwürdig erklärt wird ein Vertrauensamt in der Partei zu bekleiden, mit 52 gegen 23 Stimmen (Berghaus hatte sich anfangs der Abstimmung enthalten) angenommen.

Wir werden morgen ein Flugblatt, welches die Schumachersche Partei zu ihrer Verteidigung herausgegeben hat, zur Besprechung bringen, bemerken jedoch schon heute, daß dieses Flugblatt dem Faß den Boden ausschlägt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 24. Januar.

— **Wegen Raummangels** mußte der Schluß des Stadtverordnete-berichts bis auf morgen zurückgestellt werden.

— **Statistikbogen.** Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Fragebogen in der „Volkswacht" abgegeben werden können. Als letzter Termin ist bekanntlich der 1. Febr. festgesetzt worden.

— **Holzarbeiterversammlung.** Am Sonnabend fand in der Central-Halle eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schreck über die englischen Gewerkschaftsorganisationen, 2. Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells und Wahl zweier Vertreter für dasselbe. Kollege Schreck erntete für seinen lehrreichen Vortrag allgemeinen Beifall. Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Hermann Bericht über die Thätigkeit des Kartells. Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der zwei Vertreter einverstanden, obgleich sie mit der Thätigkeit des Kartells inbezug auf örtliche Agitation nicht ganz zufrieden ist, und hofft, daß man das Versäumte nachzuholen bestrebt sein wird. Der Kassenbericht wurde in seinen Einzelteilen verlesen, und die Kollegen auf die öffentliche Gewerkschaftsversammlung aufmerksam gemacht, wo der Vorsitzende des Kartells über die Thätigkeit desselben ausführlich referieren wird. Zu Vertretern wurden die Kollegen O. und Schreck gewählt.

Vexterhagen b. Schötmar, 22. Jan. Durch einen schweren Unglücksfall ist gestern eine hiesige Einliegerfamilie in große Trauer versetzt, und erregt hier die innigste Teilnahme. Der 23 jährige Sohn des Einliegers Husemann hat gestern auf eine schreckliche Weise einen jähen Tod gefunden. Derselbe war, weil früher im Amte Oerlinghausen wohnend, zur Musterung nach dem Scheerenkruge bei Oerlinghausen. Auf dem Rückwege setzt er sich mit noch andern jungen Leuten auf einen leeren Steinwagen, fällt unweit Evenhausen vorn vom Wagen, ein Rad geht über die Brust, und nach etwa einer Stunde erfolgte der Tod. Der herzugerufene Arzt fand ihn schon tot. (A. A.)

Niedernwöhren, 20. Januar. Der Händler Gottlieb Schmidt in Volksdorf ist in seinem Hause durch die leidige Luke infolge eines Fehltritts auf die Diele herabgestürzt. Schmidt hat einen Armbruch und eine Verletzung am Kopfe davongetragen.

Lippstadt. Hier sollte eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes errichtet werden, zu welchem Zwecke ein Saal gemietet wurde, da ein Referent aus Elberfeld in Aussicht war. Das Kreisblatt nahm auch die Versammlungsannoncen auf, brachte aber in der folgenden Nummer nachstehenden Erguß: „Die im Anzeigenteile der vorigen Nummer des „Kreisblatt" stehende Einladung zu einer „großen öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung" hat manchem Leser zu denken und zu deuten gegeben. Gewerkschaften in dem Sinne, wie das Wort in neuerer Zeit gebraucht wird, nämlich die Organisation nach Berufszweigen, haben wir hier nicht. Der „Einberufer" genannter noch abzuhaltender Gewerkschaftsversammlung — der Mann nennt seinen Namen nicht, so daß man nicht weiß, wer und was und woher er ist — scheint also hier eine „Gewerkschaft", oder auch mehrere gründen zu wollen. Den Redner — „Referent" wird er in der Anzeige genannt — der den hiesigen Arbeitern die Weisheit predigen und den Staar stechen soll, hat sich der „Einberufer" aus Elberfeld verschrieben. Was wollen die unbekannten fremden Leute hier? Etwa das sozialdemokratische Evangelium predigen? Sie werden dafür bei uns einen fruchtbaren Boden nicht finden. Zunächst hat schon der in der Anzeige genannte Wirt, in dessem Saale die Versammlung stattfinden soll, rundweg erklärt, daß er seinen Saal nur zur Besprechung über Gründung eines Unterstützungsvereins für Holzarbeiter zugesagt habe, und sozialdemokratische Sachen dort nicht verhandeln lasse, sondern für den Fall sein Hausrecht gebrauchen werde. Ferner sind unsere Arbeiter zu verständig und zu solide, als daß sie sich von unbekannten Wanderrednern werden ein X für ein U vormachen lassen." Der „Patriot", ein anderes am Orte erscheinendes Blatt, schloß seine Mitteilung von der beabsichtigten Versammlung mit den Worten: „Wir wollen hoffen, daß unsere friedliebende Bürgerschaft und die Polizeibehörde nicht müßig zusehen werden, daß derartige Umsturzapostel hier ungestört ihr Spiel treiben dürfen." Das Angeführte zeigt einmal wieder sowohl die Angst des Unternehmertums vor der Aufklärung der dortigen Arbeiter, als auch daß demselben jedes Mittel recht ist, die gegenwärtigen „patriarchalischen Zustände" nur aufrecht erhalten zu können.

Siegburg. Die großes Aufsehen erregende Verhaftung des Oberfeuerwerkers Nürnberg von der hiesigen Geschoßfabrik, sowie eines in derselben Angelegenheit verwickelten Hauptmanns a. D. ist wieder aufgehoben und beide Verhaftete wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Sache hat nach stattgehabter Untersuchung angeblich nicht die Bedeutung, welche ihr seitens der Behörde anfänglich beigelegt worden ist.

Annen. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich auf der Schlackenhalde der hiesigen Zeche „ver. Hamburg." Bekanntlich herrscht hier trotz strengen Verbotes die Sitte, daß die ärmeren Leute in den Schlacken nach Kohlen suchen. Als ein Haldenarbeiter einen 12 jährigen Knaben dabei bemerkte, ergriff er einen Stein, warf nach dem Knaben und traf ihn so unglücklich an die Schläfe, daß er schreiend nach Hause lief, wo er in derselben Nacht noch an einer hinzugetretenen Gehirnentzündung gestorben ist.

Gelsenkirchen. Auf Zeche „Ewald" stürzte ein Stappelhauer in den Schacht und blieb sofort tot.

Solingen, 21. Jan. Wegen verschiedener von der hiesigen „Arbeiterstimme" veröffentlichter Artikel, in denen dem Herrn Oberbürgermeister a. D. von Meenen Unregelmäßigkeiten ꝛc. während seiner Amtsthätigkeit vorgeworfen werden, hat dieser vor einigen Tagen gegen das genannte Blatt Strafantrag gestellt. Da mit dieser Angelegenheit manche eigenartige Solinger Angelegenheiten verquickt sind, so dürfte sich ein Prozeß entwickeln, der vielen Staub aufwirbeln wird.

— 21 Jan. Ein 10 jähriges Mädchen ist seit Sonntag verschwunden. Dasselbe wurde von einem einer karnevalistischen Vereinigung angehörenden und mit einem Zylinderhut bekleideten Mann unter dem Vorgeben, er wolle ihr „Leckeres" kaufen, angelockt und mitgenommen. Der Polizei ist es bis jetzt weder gelungen, den fremden Mann noch das Kind zu ermitteln. Man fürchtet daher, daß letzteres das Opfer eines Wüstlings geworden ist. Die ungeheuerlichsten Gerüchte waren darüber schon in unserer Stadt verbreitet.

Vermischtes.

Verheerende Lawinenstürze erfolgten in Obersteier. Bei Rottenmann wurden eine Köhlerei und eine Meierei verschüttet. Ein Knecht und ein Köhler sind verunglückt. Nach telegraphischer Meldung aus Meiringen in Berner Oberland wurde am Dienstag in Guttannen (Haslithal) beim Heuholen 5 Männer von einer Lawine verschüttet. Drei sind tot, einer schwer verletzt, einer ist gerettet.

Auf einem Holzblock enthauptete der Gärtner Malewski im Dorfe Kleingerswald bei Gottstadt (Ostpreußen) sein acht Monate altes Kind mittels einer Axt. Dann erhängte er sich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Leder- und Ledertuch-Schürzen
für Knaben [154
per Stück 50 Pfg.
Jacob Rosenberg jr.,
7 Welle 7.

Ein anständiger junger Mann findet
Kost u. Logis
169*] Friedrichstr. 14.

Vereins-Nachrichten.

Buchbinder-Verband Sonnabend den 25. d. Mts., abends ½9 Uhr General-Versammlung bei Rolfsmeyer, Ritterstraße

Vereinigung der Maler Sonnabend, 25. d. M., abends ½9 Uhr Versammlung in der Centralhalle.

Verband der Zimmerer Sonntag, den 26. d. M., Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Sonntag, den 26. d. Mts., Komb. Versammlung der Feilenhauer, Metallarbeiter und Schleifer bei Kahl am Kesselbrink.

Verein deutscher Schuhmacher Montag, den 27. d. M., abends 8½ Uhr, bei Menke, Siekerstraße.

Oeffentl. Volks-Versammlung

Sonntag, den 26. d. Mts., vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn **Voss,** Jöllenbeckerstraße.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie im Kampfe für Freiheit und Recht. Referent: **Carl Schreck.**
2. Die politische Organisation. [164

Nach dem Vortrage freie Diskussion. Frauen und Mädchen sind besonders eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Oeffentl. Volks-Versammlung

Sonntag, den 26. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,
im Lokale des Herrn **Flöttmann,** Kleine Howe.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie und der Klassenstaat. Referent: Redakteur **Hoffmann.**
2. Die politische Organisation. [165

Nach dem Vortrage freie Diskussion. Frauen und Mädchen sind besonders eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Herford.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen, Filiale Herford.

Der diesjährige [161

Winter-Ball

findet am **Sonntag, den 26. Januar,** im Saale des Herrn **Ströter** statt. Anfang nachmittags 4 Uhr.

Die Gewerkschaften Herfords, sowie Freunde und Bekannte sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Wilhelm Lilienstern & Co.

Steinstraße 3—5. **Bielefeld.** Nahe beim Neumarkt.

Nach beendeter Inventur verkaufen wir sämtliche noch vorrätigen

Wollwaren

sowie die leicht angeschmutzten Artikel aus unseren Abteilungen Weißwaren und Wäsche, ferner sämtliche

Reste und alle zurückgesetzten Sachen

unseres gesamten Warenlagers

vom Sonnabend, den 25. d. Mts. bis zum Sonnabend, den 8. Februar

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

(Die herabgesetzten Preise sind auf allen Artikeln mit Blaustift geschrieben.)

Wilhelm Lilienstern & Co.

Steinstraße 3—5. **BIELEFELD.** Nahe beim Neumarkt.

171

Freunden und Gönnern
empfehle meine 170
Wirtschaftsräume
zur gefälligen Benutzung.
Heinr. Jordan vorm. J. Dondit,
Bürgerweg.

Bielefelder Turn-Klub.

Sonnabend, den 25. Januar:

Familien-Abend

mit turnerischen Aufführungen und

TANZ

im „Restaurant zum Siegfried". — Anfang 8 Uhr abends

Freunde und Gönner des Klubs sind herzlich willkommen.

159*] **Der Vorstand.**

Zur
Konfirmation
empfehle mein reichhaltiges Lager in
Buckskins, Kamgarn, Cheviotstoffen und Anzügen. 162

Fr. Bunte, Heeperstraße 48. — Neben der Ravensb. Spinnerei.

Anfertigung nach Maß. Für guten Sitz übernehme die weitgehendste Garantie. Ferner empfehle meine Damenschneiderei zur Anfertigung von **Kleidern, Mänteln** und **Umhängen** zu äußerst soliden Preisen. Auch empfehle mein reichhaltiges Lager in **Damenkleiderstoffen** von den billigsten bis zu den feinsten Genres.

Rüschen, Kragen, Vorhemden, Manschetten, Schlipse u. Kravatten, Umhänge, Blousen, Hüte 2c. 2c.

zu den billigsten Preisen.

Fr. Bunte.

Gute Passform — Elegante Ausführung — Mäßige Preise — Billige Casse.

Ausnahmsweise schönes Fleisch

168*] **F. Hildebrandt,** Pferdemetzger, Kronenstr. 10.

Frisches **Fleisch** empfiehlt

167*] **A. Teckemeier** Pferdemetzger, Siegfriedstr.

Inventur-Ausverkauf.

163

Als außergewöhnlich vorteilhaft empfehle:

Große Posten

RESTE

in Hemdentuchen, Halbleinen, Handtücher,

Bettzeugen,

Barchend, Gardinen, Pelz-Piqué,

Kleiderstoffen

usw. usw.

Auf der Rückseite eines jeden Etiquetts der ferner für den Inventur-Ausverkauf ausgelegten Waren ist der Verkaufspreis mit **Rotschrift** vermerkt.

Gladbacher Fabrik-Lager

Heinr. Hirz

Obernstraße 35 **Bielefeld,** gegenüber der **kathol. Kirche.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Zahlstelle Bielefeld. 157

Sonntag, den 26. d. Mts, morgens 10 Uhr:

Kombinierte Versammlung

der

Feilenhauer, Metallarbeiter und Schleifer

im Lokale des Herrn R. Kahl.

Tagesordnung: 1. Aufnahme und Zahlung der Beiträge. 2. Der Streik der Feilenhauer bei Zimmermann. 3. Die Lohnzahlung in den einzelnen Fabriken und wie die Arbeiter um ihren verdienten Lohn gebracht werden. 4. Verschiedenes.

☞ Die organisierten Kollegen werden ersucht, sämtlich zu erscheinen, da die Arbeitslosenkarten u. -Scheine ausgegeben werden; auch werden die Kollegen ersucht, ihre im Juni v. J. eingelieferten Mitgliedsbücher abzuholen, andernfalls dieselben verlesen und als gestrichen betrachtet werden.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land- u. gewerbl. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Zahlstelle Bielefeld. [160

Sonntag, den 26. Jan. 1896 nachmittags 2 Uhr:

Mitgldr.-Versammlung

beim Wirt **Wüstefeld,** Bürgerweg.

Tagesordnung im Lokal.

Es ladet ein

Die Ortsverwaltung.

Oerlinghausen.

Am Sonntag, den 26. d. M. von abends 7 Uhr ab findet im **Allg. Arbeiter-Verein**

Großes Tanzkränzchen

beim Vereinswirt Ad. Niewald statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen sind. 158

Das Komitee.

Spezial-Fisch-Geschäft
Bach 46. [166*

Feinste **Schellfische** Pfund 20 Pfg. u. höher, feinste **Zander** Pfd. 55 Pfg. feinste **Flußhechte** Pfund 55 Pfg., prachtvolle **Schollen** Pfd. 30 Pfg., frische **grüne Heringe** 3 Pfd. 25 Pfg., 5 Pfd. 40 Pfg., **ff. marin-Heringe** Stück 5 Pfg., **Rollmops** Stück 5 Pfg, für Wiederverkäufer billigst.